

Sehr geehrte Damen und Herren

liebe Mitglieder der Gewerbevereine Sissach und Homburger-/Diegtal

Ich freue mich ausserordentlich, dass ich heute zu Ihnen sprechen darf und danke der Basellandschaftlichen Kantonalbank einmal mehr für die Organisation des Apéros und die Einladung.

Es ist ja so, dass wir jedes Jahr den Start des neuen Jahres speziell feiern. Ich denke, man sollte die Zeit des Jahreswechsels nutzen um einmal mutig in die Zukunft zu schauen und zu überlegen, was man tun kann um das neue Jahr positiv zu beginnen und gut zu gestalten.

In diesem Sinne will ich meine Ansprache mit etwas sehr Positivem beginnen:

Es geht um die Gewerbeausstellung Mega 2015 vom 5.-7. Juni! Das wird eine einmalige Leistungsschau des Sissacher Gewerbes, und die Vorarbeiten im Organisationskomitee laufen natürlich auf Hochtouren. Es ist eine grosse Chance für alle Unternehmen, die dabei sind, zu zeigen wie wichtig gute Qualität, gute Beratung und auch die Verantwortung gegenüber Lehrlingen sind.

Dies muss man den Konsumenten immer und immer wieder bewusst machen. Dann treffen sie auch die richtigen Kaufentscheide. Bereits haben sich über 100 Aussteller angemeldet. Es ist übrigens die grösste Gewerbeausstellung im oberen Baselbiet. Ich bin stolz und glücklich, dass wir diese Leistungsschau wiederum in der Begegnungszone auf die Beine stellen werden. Das ist für uns alle eine tolle Sache. Wir können uns darauf freuen.

Das zweite Thema, das ich ansprechen möchte ist eines, das mich nachdenklich stimmt. Es geht darum, dass ich zunehmend spüre, wie in der Politik das Misstrauens-Prinzip stärker wird. Was meine ich damit? Die Schweiz ist ein Land, das deshalb funktioniert weil Bürger und Staat nicht gegeneinander arbeiten, sondern miteinander eine Einheit bilden. Grundsätzlich gilt, sich gegenseitig zu vertrauen, auf die Eigenständigkeit, die Freiheit, die Selbstverantwortung und das Unternehmertum zu setzen. Nur ein Land, in dem sich die Menschen vertrauen, kann funktionieren! Wie können wir erfolgreich tätig sein, wie soll ich mit dem Staat arbeiten, wenn

dieses Grundvertrauen nicht da ist? Dies ist ja das Hauptproblem in vielen anderen Ländern.

Dieses Grundprinzip muss eigentlich auch auf der politischen Ebene spielen. Unser System kann letztlich nur dann funktionieren, wenn die Behörden auf allen Stufen – also in der Gemeinde, im Kanton und im Bund – ihren Bürgerinnen und Bürgern eben auch vertrauen. Als Treuhänderin weiss ich genau, wovon ich spreche: Denken Sie einmal an unser Steuersystem. Sehr oft gilt es, mit den Behörden einen für beide Seiten gangbaren Weg zu finden. Dies funktioniert aber nur, wenn man zusammenarbeitet.

Leider trifft je länger je mehr das Gegenteil zu: Zunehmend herrscht Misstrauen und es werden laufend neue bürokratische Kontrollen eingeführt. Ich gebe Ihnen ein paar Beispiele: im vergangenen Jahr habe ich mich anlässlich der Budgetdebatte im Parlament auch mit der Frage der Mehrwertsteuer beschäftigt. Die ewige Forderung von gewissen Parlamentariern nach immer mehr und mehr Revisoren, kommt immer und immer wieder. Der Grund für diese Forderung ist einfach: wer mehr und mehr Revisoren fordert, geht davon aus, dass sich die Firmen und Betriebe nicht richtig verhalten. Ich gehe sogar noch einen Schritt weiter: wer solche Forderungen aufstellt hat ein negatives Menschenbild – er vertraut nicht, sondern er misstraut. Verstehen Sie mich nicht falsch, ich bin nicht gegen Kontrollen, aber ich bin gegen ein Verhalten, das davon ausgeht, dass auf jeden Fall etwas faul sein muss. Ich erlebe in meiner Praxis nämlich genau das Gegenteil: alle Firmen bemühen sich richtig zu handeln, manchmal, und dies ist halt bei komplexen Fällen einfach eine Tatsache, kann man einen Fall nicht eindeutig lösen. Genau dann muss man mit der Behörde eine Lösung finden, die fair und korrekt ist. Das geht nur, wenn man sich gegenseitig vertraut.

Ich gebe Ihnen ein zweites Beispiel: Sie haben sicher alle den tragischen Fall der Familie in Flaach im Kanton Zürich mitbekommen. Es ist ein schreckliches Drama. Eine Familie wurde zerstört. Es vergehen kaum 24 Stunden, und schon werden Forderungen nach neuen Regulierungen und noch mehr Kontrollen laut. Ich bin der Meinung, man muss in diesem Fall die Zusammenarbeit zwischen den Behörden, der Gemeinde und den Betroffenen stärken und vor allem weniger bürokratisch und damit

menschlicher machen. Man muss also die bestehenden Regulierungen verbessern. Noch mehr Regulierungen und Bürokratie sind keine Lösung. Bessere Entscheide entstehen dann, wenn Menschen miteinander sprechen und Lösungen finden und nicht, wenn noch mehr Formulare ausgefüllt werden müssen.

Ich gebe Ihnen noch ein drittes Beispiel: immer mehr Gemeindebehörden kommen unter Druck, ihre Aufgaben an den Kanton abzutreten. Diese Tendenz wird oftmals mit dem Argument begründet, das Milizsystem auf der kommunalen Stufe könne nicht professionell funktionieren oder es genüge den Ansprüchen der modernen Zeit nicht mehr. Dies ist ein falsches Argument. Der Abbau der Gemeindeautonomie ist in erster Linie eine Abkehr vom Subsidiaritätsprinzip und entspricht einem mangelnden Vertrauen in den Bürger. Die Entscheide der Behörden entfernen sich damit immer mehr von den Bürgern, den eigentlich Direktbetroffenen. Die Anonymität wird immer grösser werden und damit sinkt auch das Vertrauen. Denn: wen ich nicht persönlich kenne, dem kann ich auch nicht so leicht vertrauen.

Aus meiner Sicht wäre es wichtig, dass wir den Gemeinden die Kraft und die Stärke geben ihre Autonomie zu schützen. Sie sind nahe bei den Bürgern, sie kennen die Sorgen und sie finden für gewöhnlich kostengünstige und pragmatische Lösungen bei Problemen.

Nun komme ich zum dritten und letzten Thema. Sie können sich denken dass es dabei um die Frage der wirtschaftlichen Entwicklung unserer Region geht. Wie Sie wissen, sind wir in besonderem Mass mit der Grenzregion verbunden. Das Zusammenspiel zwischen der Nordwestschweiz, Deutschland und Frankreich, ist für uns sehr wichtig. Im Wahljahr wird es sehr viel Polemik geben, in Bezug auf Europa. Ich verhalte mich in dieser Frage sehr pragmatisch. Und ich empfehle dies eigentlich allen: wir sollten ganz bewusst und klar unsere Interessen wahrnehmen, als Land und als Wirtschaft, und nicht ideologisch über die bilateralen Verträge diskutieren. Es sind Verträge, deren Ziel und Zweck die Stärkung der Wirtschaft der Vertragspartner ist, wohlverstanden: damit es den Bevölkerungen in den Ländern der Vertragspartner besser geht, damit ihr Wohlstand steigt. Das Verhältnis zu Europa ist damit klar umschrieben. Es ist ein pragmatisches, nicht mehr und nicht weniger.

Aus meiner Sicht folgt aus den drei Themen, dass für dieses Jahr 2015 wieder mehr gesunder Menschenverstand angewendet werden muss. Polemik bringt uns nicht weiter, das Verschieben von Problemen auf die nächsthöhere bürokratische Stufe führt nur zu hohen Kosten und zum Verlust der Autonomie, und der Mangel an Eigenverantwortung führt zu Fremdbestimmung.

Ich werde mich weiter für die Freiheit des Einzelnen, für mehr Vertrauen und Verantwortung einsetzen und ich bin überzeugt, das werden Sie hier auch alle tun. Jetzt freue mich mit Ihnen auf unsere Gewerbeausstellung im Juni und wünsche uns allen ein gesundes, ein erfolgreiches und ein schönes neues Jahr.